

Das Scheitern des Osloer Friedensprozesses

Von Ludwig Watzal

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen auch für den Nahen Osten grundlegend verändert. Seither gilt der antikoloniale Unabhängigkeitskampf der Palästinenser gegen die völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischen Landes durch Israels als „Terrorismus“. Seit diesem Ereignis versucht Israel, den Nahostkonflikt mit brutaler Gewalt zu lösen. Gegen den Vandalismus und die massiven Menschenrechtsverletzungen war niemals ein Protest von der Bush-Administration zu hören. Parallel dazu wurde ein neuer „Friedensplan“ in Form einer „Road Map“ von einem Quartett – bestehend aus USA, Russland, UNO und EU – verkündet, welcher der Region Frieden bringen soll. Da dieser Plan einseitig auf die Interessen Israels ausgerichtet ist und auf die Kapitulation der Palästinenser abzielt, wird er ebenso scheitern, wie es dem „Osloer-Friedensprozess“ ergangen ist. Aus historischen Gründen (Holocaust) protestieren westliche Politiker nicht gegen die Strangulierung des palästinensischen Volkes. Dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk auf brutalste Weise stranguliert und kolonisiert wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der eigentliche Skandal. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf gestellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche „Logik“ hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Der Osloer Friedensprozess als Fortsetzung der Okkupation?

Dieser Logik folgte auch schon der sogenannte Osloer Friedensprozess. Sein Ziel war die völkerrechtliche Legitimierung und Fortsetzung der israelischen Besetzung Palästinas und die Bantustanisierung der Palästinenser. Es hatte aber alles so verheißungsvoll begonnen. Die Euphorie und die Hoffnungen der Palästinenser waren schier grenzenlos, als am 13. September 1993 das Osloer Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Bill Clintons unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Mahmoud Abbas (Abu Mazen) – der heutige Ministerpräsident eines unter israelischer Besatzung stehenden Gebietes –, unterzeichnet haben, klang hölzern: „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“; es war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen. Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war dornenreich. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, die nur wegen der tiefgreifenden Veränderungen im internationalen Staatensystem möglich war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Der damalige israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir erklärte nach seiner Abwahl im Juni 1992, dass er noch zehn Jahre mit den Palästinensern in Washington verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Diese Verhandlungstaktik wurde von allen israelischen Regierung verfolgt. Es wurden ständig Zusatzabkommen über bereits abgeschlossene Verträge unterzeichnet, obwohl bereits alles geklärt war. Damit wollte man schlicht Zeit gewinnen, um weiter kolonisieren und Fakten vor Ort schaffen zu können.

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Benjamin Netanyahu schloss das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye Memorandum vom 23. Oktober 1998 ab. Ehud Barak handelte das Sharm el-Sheikh Memorandum

vom 4. September 1999 aus und wollte vom 11. bis 25. Juli 2000 in Camp David einen Statusendvertrag mit den Palästinensern aushandeln.

Wichtige Punkte der Osloer „Prinzipienerklärung“ sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV)
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art. I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jeruselems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den jüdischen Siedlungen und die Sicherheit von deren Bewohnern sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Dies gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamem Interesse“ (Art. V).

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Durch die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über die „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Es ist die grundlegende Vereinbarung zwischen Israel und der Autonomiebehörde. Alle folgenden Vereinbarungen sind Vereinbarungen über dieses Abkommen. Es ging für Israel in diesen Folgevereinbarungen lediglich darum, den ursprünglichen Zeitplan weiter hinauszuschieben, um Siedlungen und Umgehungsstraßen zu bauen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Es entpuppte sich als perfektes Instrument der totalen Kontrolle und Unterdrückung. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfasst die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellte somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des weiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung aus den Bevölkerungszentren zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte

nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert. Während der Hochphase des „Friedensprozesses“ wurde der Weltöffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als seien die israelischen Soldaten abgezogen. Kein einziger Soldat hat jedoch die Autonomiegebiete verlassen.

Auch im Hebron-Protokoll von 1997, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einer Umgruppierung der Truppen aus 80 Prozent von Hebron und zu keinem Abzug. Fast 2.000 israelische Soldaten bewachen jetzt 450 radikale Siedler. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100.000 Palästinenser unter palästinensischer Souveränität leben, und eine H-2-Zone, in der 450 fundamentalistische jüdische Siedler und zirka 20.000 Palästinenser unter direkter Besatzung Israels wohnen.

Dem Hebron-Protokoll war ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher beigelegt, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, der in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein sollte, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem tat Netanyahu alles, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins gewesen, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelte und Milliarden von Shekel in die Siedlungen und ein separates Straßensystem investierte. Hinter dieser Leistung wollte Netanyahu nicht zurückstehen. Er verfolgte lediglich unverblümter jene Hinhaltetaktik, die sein damaliger Mentor Yitzhak Shamir empfohlen hatte.

Das Wye Memorandum vom 23. Oktober 1998 stand in der Tradition der bereits unterzeichneten Abkommen. Es stellte keinen „Durchbruch“ im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dar, sondern schränkte die Rechte der Palästinenser weiter ein. Das Wye Memorandum enthielt prinzipiell nichts Neues, was nicht schon im Interimsabkommen vom 28. September 1995 vereinbart worden war. Es ist ein weiteres Umsetzungsabkommen des Interimsabkommens, aber es enthält einige für die Palästinenser nur schwer zu erfüllende Auflagen. Den Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Sicherheit, die 60 Prozent des Abkommens umfassen, und die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit. Hiermit war den Israelis und den USA ein Instrument an die Hand gegeben, das jede Maßnahme Arafats als unzureichend abqualifizieren konnte, was dann auch durch Netanyahu geschah. Des weiteren musste die PLO-Charta zum zweiten Mal außer Kraft gesetzt werden.

Auch das Sharm el-Sheikh Memorandum (Wye II) vom 4. September 1999 stellte sich als eine weitere Etappe auf dem Weg der Desillusionierung der Palästinenser mit einer von der Arbeitspartei unter Ehud Barak geführten Regierung heraus. Vor ihrem ersten Treffen erläuterte der israelische Ministerpräsident in einem Interview mit „Ha'aretz“ seine Vorstellungen von der Zukunft: Für sein Land sei ein Frieden zwischen dem „Zionismus und den Arabern“ wichtiger als Frieden mit den Palästinensern. „Die Palästinenser sind die Ursache für die Fortdauer des Konfliktes, aber sie sind auch der schwächste von allen Gegnern... Sie stellen keinerlei militärische Bedrohung für Israel dar.“ Auf dem Golan gebe es ein „wunderbares und wichtiges Siedlungsexperiment“, durch Kompromisse könne man mit Syrien Frieden schließen. In der Westbank „ist die Wiege unserer Geschichte“. „Es ist unmöglich, Frieden mit den Palästinensern und der Siedlung Beit El zu schließen. Ofra liegt in der unmittelbaren Nähe eines der wichtigsten strategischen Punkte, und die Siedlung Ariel ist Ariel.“ Die Palästinenser hätten Jenin, Nablus, Ramallah, Hebron und Bethlehem.

Bei ihrer ersten Begegnung am 11. Juli 1999 machte Barak gegenüber Arafat klar, dass er keinen „Neuanfang“ in den Beziehungen zu den Palästinensern anstrebe. Er lehnte es ab, die unter Netanyahu gegründeten 42 Siedlungen aufzulösen. Seinen Vorschlag, das Wye Memorandum zu umgehen und gleich mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, wies Arafat zurück. Diese Treffen wurde von uns als „Desaster“, von den beteiligten Israelis als „Holocaust“ bezeichnet! Um Zeit zu gewinnen, unterzeichneten beide Seiten am 4. September 1999 das Sharm el-Sheikh Memorandum. Darin bekräftigten sie den Willen, bei den Statusendverhandlungen die UN-Resolutionen 242 und 338 zu realisieren und einigten sich darauf, bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufzunehmen, das im Februar 2000 vorliegen sollte.

Den Kern des Abkommens sollte eine Vereinbarung über die Bestandteile des Statusendvertrages bilden. Beide Seiten verpflichteten sich, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die den Status quo verändern. Dies stand auch in früheren Abkommen, wurde aber von den Israelis durch den Bau von Siedlungen und eines separaten Straßensystems für die Siedler unterlaufen. Nach dem Wye Memorandum wurden 42 illegale Siedlungen errichtet. Nur sieben deklarierte Barak als illegal und nur vier davon ließ er räumen.

Am 8. November 1999 begannen im Grand Park Hotel in Ramallah endlich die offiziellen Gespräche über das Statusendabkommen. Israel wollte lediglich ein Rahmenabkommen aushandeln. Barak erklärte, der Siedlungsbau werde weitergehen und die UN-Resolution 242 sei nicht anwendbar. Er gab den Unterhändlern folgende Instruktionen mit auf den Weg: Das Rahmenabkommen soll den Konflikt zwischen den beiden Völkern beenden und zu einer Trennung zwischen Israel und dem palästinensischen „Gebilde“ führen, das nach dem Abschluss eines Statusendvertrages entstehen soll. Dies Verhandlungen endeten in einer Sackgasse. Fortan galt das Zauberwort Camp David. Clinton und Barak wollten einen Erfolg um jeden Preis. Der US-Präsident wollte den Friedensprozess vor einem totalen Kollaps bewahren und als Mann, der den längsten Konflikt des 20. Jahrhunderts gelöst hat, in die Geschichte eingehen. Er lud die Kontrahenten am 5. Juli zu einem Gipfeltreffen in Camp David ein, das vom 11. Juli bis 25. Juli 2000 dauerte.

Der Mythos von Camp David

Die Verhandlungen von Camp David sind zu einem Mythos geworden. Angeblich habe Israel das „großzügigste Angebot“ unterbreitet, das aber von den undankbaren Palästinensern abgelehnt worden sei. Heute wissen wir, dass an diesem Angebot nichts, aber auch gar nichts „großzügig“ war und es eher einem Diktat Baraks glich als einem fairen Angebot. Was beinhaltete Baraks „großzügiges Angebot“ konkret? – Vorab sei angemerkt, dass die israelische Delegation nie ein schriftliches Angebot unterbreitete: Barak hatte jedem Delegationsmitglied strikt untersagt, jemals etwas Schriftliches herauszugeben.

Der palästinensische Staat sollte in der Westbank aus drei Landstücken bestehen, die durch einen Korridor miteinander verbunden gewesen wären; die Kontrolle dieser Korridore und der Außengrenzen hätte bei Israel gelegen. Die Siedlungen, die innerhalb dieser Reservate gelegen hätten, wären von israelischem Militär bewacht worden! Die Bevölkerung hätte sich im Alltag der Besatzungsmacht weiter fügen müssen; de facto hätte es sich nur kosmetische Veränderungen gehandelt. Zehn Prozent der Westbank wären von Israel annektiert worden. Weitere zehn bis zwölf Prozent, die den Jordangraben ausmachen, wollte Israel für 100 Jahre pachten. Israel hätte einen territorialen Zugang zu den Siedlern in Hebron und Kiriath Arba erhalten. Es gab keinerlei Zugeständnisse seitens Israels in der Flüchtlingsfrage. Besonders heikel war vor allem der Status von Jerusalem. In dieser Frage nahm die israelische Delegation eine Haltung ein, die der extremsten jüdischen Siedler entsprach. Gilad Sher, persönlicher Referent Baraks, bestätigt in seinem Buch „Zum Greifen nah – die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen“, dass man in Bezug auf Jerusalem am liebsten jedes Mal den „Jesha-Council“ (Siedlerrat) konsultiert hätte. Insbesondere Israels Haltung in Bezug auf den Tempelberg (Haram al-Sharif) erregte das Misstrauen der Palästinenser. Die plötzliche israelische Forderung, dass Juden auf dem Tempelberg beten sollten, führte zur strikten Zurückweisung durch die Palästinenser. Selbst israelische Rabbiner erhoben nie solch eine Forderung. Es war seit der Besetzung Ost-Jerusalems immer die Politik Israels, die „Heiligkeit“ des Tempelberges für die Juden herunterzuspielen und dagegen auf die Klagemauer zu verweisen, obwohl sie vom religiösen Standpunkt keinerlei Bedeutung hat.

Amerikanische Rechtsexperten schlugen folgende „Lösung“ vor: Erstens sollte ein internationales Komitee – bestehend aus dem UN-Sicherheitsrat und Marokko – dem Palästinenserstaat die „Aufsicht“ (custody) über den Tempelberg geben, wohingegen die Souveränität bei Israel liegen sollte. In einem anderen Vorschlag sprachen die USA von einer „vertikalen Souveränität“ über die Oberfläche des Areals, auf dem der Tempelberg liege, aber Israel würde die Souveränität darunter erhalten. Als diese „Vorschläge“ von palästinensischer Seite verworfen wurden, kamen die Experten schließlich auf ihren Vorschlag von der „custodial“ Souveränität für die Palästinenser und

die „residual“ Souveränität für Israel zurück. Auf die Frage, was denn dies konkret bedeutete, entgegneten die „Experten“: israelische Souveränität. Weiter sollte die Stadt fragmentiert und geteilt werden. Verschiedene Systeme sollten für verschiedene Stadtteile gelten: Regeln, die für das Christliche Viertel gelten sollten, würden nicht für Wadi al-Joz gelten; was für Suwwana zutrifft, konnte nicht auf das Armenische Viertel angewandt werden. Die USA schlugen ihr und das israelische Verständnis von Souveränität für das Muslimische und das Christliche Viertel vor, wohingegen Israels Souveränität sich auf das Armenische und Jüdische Viertel sowie auf die Klagemauer beziehen sollte. Alles in allem sollte sich die palästinensische „Souveränität“ auf jene Gebiete Ost-Jerusalems beschränken, die nicht zum 1967 von Israel annektierten Teil von Jerusalem gehörten. Ihre sogenannte Hauptstadt „Ost-Jerusalem“ hätte letztendlich aus 3 Dörfern bestanden (Abu Dis, Al-Eisaria, Sauwaha), die nicht zu Ost-Jerusalem in den Stadtgrenzen von 1967 gehören. Ein „special regime“ (besonderes Verfahren) sollte für die Altstadt angewandt werden, jedoch erst später; dort sollte auch Arafats „sovereign compound“ (souveränes umzäuntes Gelände) für seine Verwaltung liegen. Diese fabrizierte Lösung wollten Israel und die USA partout den Palästinensern aufzwingen, versehen mit der „goldenen Unterschrift“, die das „Ende des Konfliktes“ hätte besiegeln sollen.¹

Barak und Arafat waren zwar in Camp David 15 Tage zusammen, haben aber persönlich nur eine Stunde miteinander geredet. Jossi Beilin, damals Baraks Justizminister, hat berichtet, dass das israelische Verhandlungsteam auf Anweisung Baraks den Palästinensern niemals Karten oder etwas Schriftliches unterbreitet habe. Für die Palästinenser gab es immer nur die Wahl zwischen Annahme der Vorschläge oder deren Ablehnung. Auch seien die amerikanischen Vorschläge jedesmal mit der israelischen Delegation besprochen worden, bevor sie den Palästinensern von den USA unterbreitet wurden. Auch waren den Israelis über die später formulierten Clinton-„Minutes“ (protokollartige Notizen) bereits vier Wochen vorher unterrichtet. Barak hatten allen Stillschweigen verordnet. Auch Beilin kritisierte Barak dahingehend, dass diesem nicht gelungen sei, einen persönlichen Draht zu Arafat zu entwickeln, obwohl dieser auf ihn zugegangen sei. Das Scheitern der Verhandlungen wurde von Clinton und Barak zu Unrecht Präsident Arafat angelastet. Die alleinige Verantwortung für das Scheitern tragen Barak und Clinton. Danach kam es zu einem politischen Stillstand, bis Ariel Sharon am 28. September 2000 in Begleitung von 1000 Polizisten und mit Genehmigung Ehud Baraks israelische „Souveränität“ über den Haram al-Sharif demonstrierte. Tags darauf brach die Unabhängigkeitsintifada, die sogenannte Al-Aqsa-Intifada aus, die bisher über 2.300 Palästinensern und 780 Israelis das Leben gekostet hat.

Wenn die Verhandlungsergebnisse von Taba weitreichender waren als das „großzügige Angebot“ von Camp David, war Camp David ein unaufrichtiger Machtpoker seitens des israelischen Ministerpräsidenten Barak und US-Präsident Clinton. Was boten die Israelis den Palästinensern im ägyptischen Badeort an, um den „Friedensprozess“ zu retten?

In dem israelischen Dokument standen für palästinensische Ohren unglaubliche Dinge: „Obwohl der im Entstehen begriffene Staat Israel die Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom November 1947 (die den Vorschlag einer Teilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Staat vorsah) akzeptiert hatte, wurde er in das Blutvergießen und den Krieg von 1948/49 verwickelt, der für beide Seiten Leiden und Opfer mit sich brachte, darunter den Verlust von Heimat und Eigentum für jene Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung, die zu Flüchtlingen wurden... Konsequenz einer gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems, in Übereinstimmung mit der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates, muss die Umsetzung der Resolution 194 der UN-Generalsversammlung sein.“ Israel hatte erstmals eine Mitverantwortung für die palästinensische Tragödie anerkannt. Ein großartiger und mutiger Schritt!

Was beinhalteten nun die Vereinbarungen von Taba konkret? Es kam zu einer Annäherung zwischen beiden Positionen, die vorher noch nie erreicht worden war. In der gemeinsamen Abschlusserklärung gestanden sich beide Seiten zu, dass man einem Friedensvertrag noch nie so nahe gewesen sei. Beide Seiten hatten sich darauf geeinigt, von der UN-Sicherheitsratsresolution

¹ Vgl. die ausführliche Kritik zu Camp David von Ludwig Watzal: Der Mythos von Camp David, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. 6. 2002.

242 als Grundlage für die endgültige Festlegung der Grenzen vom 4. Juni 1967 (Waffenstillstandlinie) auszugehen. Konkret boten die Israelis den Palästinensern an:

94 Prozent der Westbank sollten zurückgegeben werden; um die restlichen sechs Prozent zu kompensieren, wollte Israel das Äquivalent von drei Prozent an israelischem Territorium abtreten; die restlichen drei Prozent sollten mit dem Korridor zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen abgegolten werden. Dieser Korridor sollte aber palästinensischer Souveränität unterstehen. Im Unterschied zum Camp David-Vorschlag verzichtete Israel auf das Jordantal, Shilo, den Ostteil von Ariel und auf einige isoliert gelegene Siedlungen wie Beit El und Kedumim sowie auf Gebiete im Norden der Siedlung von Mode'in. Von israelischer Seite war man zur Auflösung der Extremistensiedlungen im Herzen Hebrons und Kiri'at Arbas bereit. Die Palästinenser bestanden jedoch auf einer eins zu eins Rückgabe der Gebiete – ein diplomatischer Fehler.

Beide Seiten waren sich ebenfalls darin einig, dass Jerusalem ungeteilt bleiben und die Hauptstadt beider Staaten bilden sollte. Der Clinton-Plan wurde dafür als Grundlage genommen: Demzufolge sollten die jüdischen Viertel an Israel, die arabischen an die Palästinenser gehen. Die Palästinenser forderten die Souveränität über den Haram al-Sharif (Tempelberg), wohingegen die Israelis die Hoheitsrechte über die Klagemauer beanspruchten. Diskutiert wurde auch, ob man den gesamten Komplex nicht unter die Oberaufsicht Marokkos stellen sollte. Auch im Bereich der Sicherheit stimmten die Palästinenser einem entmilitarisierten Staat zu. Beide Seiten wollten internationale Beobachter an ihren Grenzen akzeptieren.

Das Flüchtlingsfrage erwies sich als ein großes Problem. Dass die Palästinenser zu keinen Kompromissen in Bezug auf das Rückkehrrecht bereit gewesen seien, entspricht nicht den Tatsachen. Sie verlangten nicht eine Rückkehr der vier Millionen Flüchtlinge nach Israel, sondern schlicht ein theoretisches Recht auf Rückkehr in ihre Heimat; wie israelisches Recht allen Juden in der Welt die Rückkehr nach Israel erlaubt. Israel war noch nicht einmal dazu bereit, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in den sogenannten Palästinenserstaat zu akzeptieren. Fünf Alternativen wollte man den Flüchtlingen anbieten: Rückkehr nach Israel, Rückkehr in die an die Palästinenser abgetretenen Gebiete, Rückkehr in den neuen Palästinenserstaat, Ansiedelung im jeweiligen Aufenthaltsland sowie Ausreise in ein Drittland. Die Palästinenser gestanden Israel sogar zu, die endgültige Entscheidung über die Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel zu treffen. Israel erklärte sich bereit, innerhalb von fünf Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung weiter 40.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die PLO wollte jedoch 100.000. Ebenso stimmten beide Seiten in der Schaffung eines internationalen Hilfsfonds und der Entschädigung der Flüchtlinge überein. Die Entschädigung der Palästinenser und der jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern nach Israel sollte entkoppelt werden.

Die Taba-Vereinbarungen waren äußerst mutig, aber die Zeit war leider abgelaufen. Ariel Sharon stand ante portas. Was seit seiner Wahl zum israelischen Ministerpräsidenten im 6. Februar 2001 geschehen ist, bedeutet für die Palästinenser die Fortsetzung der „Katastrophe“ (al-Naqba) von 1948. Gibt es aus der augenblicklichen verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg?

Die „Road Map“ als Lösung des Nahostkonfliktes?

Schon die Rede des amerikanischen Präsidenten George W. Bush vom 24. Juni 2002 war für die Palästinenser eine große Enttäuschung; sie bot keinerlei Perspektive. Bush hat in einer Art imperialer Pose die Palästinenser aufgefordert, sich „eine neue Führung zu wählen, die nicht durch Terror kompromittiert“ ist. Er ging sogar noch weiter: „Heute ermutigt die palästinensische Autorität Terror, anstatt ihm zu widerstehen.“ Nur „wenn das palästinensische Volk sich eine neue Führung gewählt hat, neue Institutionen und neue Sicherheitsvereinbarungen mit ihren Nachbarn vereinbart hat, werden die USA die Gründung eines palästinensischen Staates, dessen Grenzen und gewisse Aspekte seiner Souveränität vorläufig sein werden, bis sie als Teil eines Endabkommens im Nahen Osten gelöst sein werden, unterstützen.“ Alle Einzelheiten wie endgültige Grenzen, die Hauptstadtfrage und andere Aspekte staatlicher Souveränität sollen als Teil eines endgültigen Abkommens zwischen den Parteien ausgehandelt werden. Was dies im einzelnen bedeutet, haben die letzten acht Jahre gezeigt. Nicht nur dass den Palästinensern keinerlei Perspektive angeboten worden ist, Bush hat auch noch Syrien indirekt als „Terrorstaat“ verdächtigt. „Syrien muss die

richtige Seite im Kampf gegen den Terror wählen, indem es die Terroristenlager schließt und Terrororganisationen ausweist.“ Bush verwendete kein Wort auf Ost-Jerusalem als der Hauptstadt eines Palästinenserstaates, nichts zur Rückkehr der Flüchtlinge, nichts zum Ende der illegalen Besatzung und nichts zur Umsetzung des Völkerrechts. Aus Bushs Rede kann nichts Positives entstehen; sie hätte auch von Ariel Sharon gehalten werden können. Ähnlich wie die Bush-Rede verlangt der „Fahrplan“ des Quartetts den Palästinensern eine Kapitulation ab; ihre Sehnsüchte auf einen eigenen Staat sollen sich in vier von Israel bewachten Reservaten erfüllen. Wer dies als die Lösung des Nahostkonfliktes ausgibt, darf sich nicht wundern, dass sich ein so misshandeltes Volk wehrt. Wie würde wohl George W. Bush reagieren, wenn Mexiko seine berechtigten Ansprüche auf Texas äußern und den Teilstaat der USA wiederbesetzen sowie die Ranch von George W. Bush in eine „Reservat“ verwandeln würde?